

Business as usual. Restauration wirtschaftlicher und geschlechtlicher Strukturen in der Finanz- und Wirtschaftskrise

Reiner, Sabine; Schambach, Gabriele

2010

<https://doi.org/10.25595/3196>

Veröffentlichungsversion / published version
Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Reiner, Sabine; Schambach, Gabriele: *Business as usual. Restauration wirtschaftlicher und geschlechtlicher Strukturen in der Finanz- und Wirtschaftskrise*, in: *Femina politica : Zeitschrift für feministische Politik-Wissenschaft*, Jg. 19 (2010) Nr. 1, 86–95.
DOI: <https://doi.org/10.25595/3196>.

Michalitsch, Gabriele, 2009: Umsteuern: Mit feministischer Politik der Finanz- und Wirtschaftskrise begegnen. WISO Diskurs, 49-55.

Neusüß, Claudia, 2009: Wirtschaftskrise – Neue Chancen für mehr Gender Diversity? TU news, WS 2009/2010, 4-6.

Reiner, Sabine, 2009: Wem nutzen die Konjunkturpakete? Auswirkungen der Krise und der politischen Reaktionen auf Frauen und Männer. WISO Diskurs, 5-14.

Scheele, Alexandra, 2009a: Ist die Krise männlich? <http://www.dgb-frauen.de/themen/dokumente/beitrag-a-scheele.pdf>.

Scheele, Alexandra, 2009b: War da was? Die Finanz- und Wirtschaftskrise im Jahr EINS. TU news, WS 2009/2010, 7.

Wichterich, Christa, 2009a: Gegen den Wachstums- und Renditeterror. Frauenrat, 24-25.

Wichterich, Christa, 2009b: Vom Boom zur Krise. Frauenrat, 29-31.

Wichterich, Christa, 2009c: Die Abwärtsspirale. Kommentar. taz, 19.2.2009. <http://www.taz.de/1/debatte/kommentar/artikel/1/die-abwaertsspirale/> (24.02.2010).

Wichterich, Christa, 2009d: Gleich, gleicher ungleich, Paradoxien und Perspektiven von Frauenrechten in der Globalisierung, Sulzbach/Taunus.

WISO Diskurs, 2009: Antworten aus der feministischen Ökonomie auf die globale Wirtschafts- und Finanzkrise. Tagungsdokumentation der Friedrich-Ebert-Stiftung und Frauenakademie München, Oktober 2009, Bonn.

Young, Brigitte, 2009: Die Subprime-Krise und die geschlechtsspezifische Schuldenfalle. WISO Diskurs, 15-26.

Business as usual. Restauration wirtschaftlicher und geschlechtlicher Strukturen in der Finanz- und Wirtschaftskrise

SABINE REINER. GABRIELE SCHAMBACH

Spätestens seit im September 2008 die US-amerikanische Investment Bank Lehman Brothers Insolvenz angemeldet hat, ist die weltweite Wirtschafts- und Finanzmarktkrise in aller Munde. Aus der Kreditkrise in den USA wurde eine weltweite Finanzkrise mit Auswirkungen auf die Realwirtschaft. Die deutsche Bundesregierung hat auf letztere mit zwei Konjunkturpaketen sowie dem Wachstumsbeschleunigungsgesetz reagiert, um die deutsche Wirtschaft zu stabilisieren und die Beschäftigung zu sichern.

Im Folgenden werden wir nach einem kurzen Einblick in die Ursachen der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise die bisherige Antikrisenpolitik skizzieren und aufzeigen, dass diese nicht dazu genutzt wurde, wirtschaftliche oder geschlechtliche Strukturen zu verändern. Stattdessen dienen sie vielmehr der Stabilisierung des Bestehenden. Abschließend haben wir einige Überlegungen zur Verbesserung des Status quo zusammengestellt.

Verordnete Armut – eine der Krisenursachen

Bei der Analyse der Krisenursachen steht in der Regel die Deregulierung der Finanzmärkte in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten im Vordergrund. Es haben jedoch weitere Entwicklungstendenzen maßgeblich zur Entstehung der Krise beigetragen: Die Umverteilung von unten nach oben, die in den kapitalistischen Industrieländern mit der nachlassenden Wachstums- und Investitionsdynamik seit Ende der 1960er einsetzte; zweitens die seit der Jahrtausendwende stark angestiegenen globalen Ungleichgewichte zwischen Ländern mit hohen Exportüberschüssen auf der einen und -defiziten auf der anderen Seite.

In Deutschland ist der langfristige Umverteilungstrend mit der Politik der „Agenda 2010“ seit 2003 massiv verstärkt worden. So stieg die Beschäftigung im vergangenen Aufschwung allein durch alle möglichen Formen prekärer Jobs. Die Anzahl unbefristeter, sozialversicherter Vollzeitstellen ging zwischen 2003 und 2008 sogar um fast eine Million zurück. Real sind die Einkommen der Beschäftigten seither nicht mehr gestiegen, im unteren Einkommensbereich sogar erheblich gesunken. Rasant gewachsen ist der Niedriglohnsektor: Mit 22,2 % aller Beschäftigten hat Deutschland in der EU knapp vor Großbritannien inzwischen den größten Niedriglohnsektor. Dabei sind 70 % der Beschäftigten im Niedriglohnsektor weiblich – das ist fast jede dritte erwerbstätige Frau. Schon vor der Krise ging somit die Entwicklung, die extrem an Wettbewerbsfähigkeit und Exportstärke orientiert war, zu Lasten der Schwächeren auf dem Arbeitsmarkt. Gerade in Deutschland waren Frauen mit einer Teilzeitquote von über 50 %¹ und einem Gender Wage Gap von 23 % stärker als in anderen Ländern betroffen. Die Exportlastigkeit hat Deutschland zwar hohe Exportüberschüsse eingebracht. Das funktioniert jedoch nur, solange sich andere Länder Defizite leisten (können). Mit dem Platzen der Kreditblase ist die schuldenfinanzierte Nachfrage aus den Defizitländern, vor allem USA, aber auch Spanien oder Großbritannien zusammengebrochen. Die zunehmende Umverteilung muss daher ebenso als Ursache der Krise berücksichtigt werden wie das verschuldungsgestützte Wachstum unter anderem in den USA: Beides hat immer mehr Geld auf die Finanzmärkte gespült. Und je mehr Geld auf der Suche nach lukrativen Anlagen und immer höheren Renditen ist, desto größer der Deregulierungsdruck und Tendenz zur zeitweisen Verselbständigung der Finanzsphäre gegenüber der Realwirtschaft.

Zur Antikrisenpolitik der Bundesregierungen

Bereits Anfang 2008 schrumpften in Deutschland konjunkturbedingt die Wachstumsraten. Nach einigem Zögern – der damalige Finanzminister Steinbrück war noch im September 2008 der Meinung, die Finanzmarktkrise erfordere hierzulande keine besonderen Maßnahmen – verabschiedete die große Koalition im November 2008 ein eher bescheidenes Konjunkturpaket im Umfang von knapp zwölf Milliarden Euro. Schon im Januar 2009 musste mit einem zweiten rund 50 Milliarden Euro schweren Paket nachgelegt werden.

Tabelle 1: Antikrisenpolitik im Überblick

	in Milliarden Euro (Ausgaben 2009 und 2010)
Konjunkturpaket I (November 2008)	
Steuerentlastung für Unternehmen	6,9
Förderung von Investitionen	2,7
Steuerentlastung für Privatpersonen, u.a. Absetzbarkeit haushaltnaher Dienstleistungen	1,4
Arbeitsmarktpolitik, u.a. mehr ArbeitsvermittlerInnen, Kurzarbeit	0,8
Summe	11,8
Konjunkturpaket II (Januar 2009)	
Zukunftsinvestitionen der öffentlichen Hand	16,0
Senkung der Einkommensteuer	9,0
Zuschuss zur Gesetzlichen Krankenversicherung zwecks Senkung der Beiträge	9,0
Ausweitung Kurzarbeit, Qualifizierung	7,0
„Abwrackprämie“	5,0
Kinderbezogene Leistungen, u.a. einmalig 100 Euro pro Kind	2,3
Sonstiges (u.a. Innovationsförderung, Mobilitätsforschung)	2
Summe	50,3
Weitere Maßnahmen	
Pendlerpauschale	8,2
„Bürgerentlastungsgesetz“ (erweitert die steuerliche Absetzbarkeit von Beiträgen zur Kranken- und Pflegeversicherung)	8,1
Summe	16,3
Summe Große Koalition	78,4
„Wachstumsbeschleunigungsgesetz“ (Dezember 2009)	
Erhöhung Kindergeld und Kinderfreibeträge	4,6
Senkung Erbschaftsteuer u.a. für Betriebserben	0,4
Steuerentlastung für Unternehmen	2,4
Ermäßigte Umsatzsteuer für Hotels	1,0
Summe	8,4
Summe insgesamt	86,8
Geplante weitere Steuersenkung von Schwarz-Gelb	rund 20

Quellen: Eicker-Wolf, Niechoj, Truger 2009; Bundesministerium der Finanzen

Für eine wirksame Gegensteuerung waren die Pakete zu klein und ungünstig zusammengesetzt. Nur ein kleiner Teil der Ausgaben ist für direkte öffentliche Investitionen vorgesehen, obwohl diese, wie viele Studien zeigen, den größten Wachstums- und Beschäftigungseffekt aufweisen. Mehr als die Hälfte der Ausgaben sind Steuer- und Abgabensenkungen, die wenig bringen und vor allem Unternehmen und Personen mit höheren Einkommen begünstigen. Die Entlastungen für Unternehmen zum Beispiel bestehen vor allem in der Rücknahme von Maßnahmen, die bei der Unternehmensteuersenkung von 2007 zur Begrenzung der Steuerausfälle beschlossen wurden. Insofern war die Krise eine gute Gelegenheit für Unternehmerverbände, ihre Interessen zur Geltung zu bringen.

Eine Entlastung oder Unterstützung von Menschen mit geringen Einkommen wäre dagegen konjunkturpolitisch wirkungsvoller, weil sie zusätzliche Mittel auch unmittelbar und vollständig für zusätzliche Ausgaben nutzen. Hätte die Regierung den Gesamtumfang der Konjunkturpakete I und II in direkte öffentliche Ausgaben gelenkt, wäre die konjunkturstabilisierende Wirkung bei gleichen Kosten doppelt so hoch gewesen. (OECD 2009 und IMF 2008)

Die einzelnen Maßnahmen der Antikrisenpolitik sind in sozialer und geschlechtlicher Sicht alles andere als ausgewogen. Von einer Senkung der Einkommensteuer und von Steuerentlastungen profitieren nur diejenigen, die überhaupt Steuern zahlen. Für Singles gilt dies ab einem Jahresbruttoeinkommen von rund 11.000 Euro. Geringverdiener/-innen gehen leer aus. Die Entlastung steigt mit steigendem Einkommen: Durchschnittsverdienende mit einem Jahresbruttogehalt von 30.000 Euro zahlen durch die Einkommensteuersenkung des Konjunkturpakets II im Jahr gut 170 Euro weniger, bei Einkommen über 50.000 Euro sind es schon über 270 Euro weniger (BMF 2009). Das ist wenig wirksam zur Konjunkturstabilisierung und betrifft Frauen nur in geringem Maße. Denn in den oberen Einkommensbereichen, in denen die maximale Entlastungswirkung erreicht wird, sind Frauen nur zu 15 % vertreten. (Gender-Datenreport 2005, Seite 176ff.) Auch bei der Erhöhung von Kindergeld und Kinderfreibeträgen schneiden gut verdienende Eltern deutlich besser ab als durchschnittlich oder gering verdienende. Familien, die von Hartz IV leben müssen und am Nötigsten auf höhere Leistungen angewiesen sind, haben überhaupt nichts davon.

Stützung des segregierten Arbeitsmarktes

Aus konjunkturpolitischer Sicht direkt wirksam sind die Investitionsausgaben der öffentlichen Hand und die in der Öffentlichkeit besonders wahrgenommene „Abwrackprämie“ (Umweltprämie). Mehr als zwei Drittel der Ausgaben für Zukunftsinvestitionen sollen Schulen und Kindergärten zugute kommen. Allerdings sind die Mittel nicht für zusätzliches Personal vorgesehen, sondern nur für einmalige Ausgaben wie für Renovierungen oder andere bauliche Maßnahmen. Die Mittel stabilisieren also mit der Bauwirtschaft ebenso eine Männerbranche wie die Umweltprämie die Automobilindustrie stützt.

Ordnet man die Einzelmaßnahmen den Branchen zu, die dadurch direkt oder indirekt unterstützt werden und setzt diese in Beziehung zu der Beschäftigtenstruktur nach Frauen und Männern ergibt sich folgendes Ergebnis:²

Tabelle 2: Darstellung der durch die Antikrisenpolitik geförderten Wirtschaftszweige und Anteil der dort sozialversicherungspflichtig beschäftigten Frauen und Männer

Wirtschaftszweig/Branche	Maßnahmen der Konjunkturpakete	Anteil der sozialversicherungspflichtig beschäftigten Frauen und Männer
Automobilwirtschaft	• Umweltprämie • Aussetzung und Neueregulierung der Kfz-Steuer • Zukunftsinvestitionen der öffentlichen Hand • Forschungsförderung zur (Elektro-)Mobilität	Frauen: 16,2% (155.224) Männer: 83,8% (789.032)
Bauwirtschaft	• Zukunftsinvestitionen der Öffentlichen Hand • Energetische Gebäudesanierung und Förderung energieeffizienten Bauens • Absatzbarkeit Handwerkerrechnungen • Breitbandstrategie	Frauen: 17,8% (662.438) Männer: 82,2% (2.961.444)
Informations- und Kommunikationstechnologie	• Zukunftsinvestitionen der Öffentlichen Hand • Forschungsförderung zur (Elektro-)Mobilität • Breitbandstrategie	Frauen: 31,7% (248.247) Männer: 68,3% (581.539)
Haushaltsnahe Dienstleistungen	• Steuerliche Absatzbarkeit	Frauen: 62,3% (722.847) Männer: 37,7% (332.441)
Labor- und Medizintechnik	• Zukunftsinvestitionen der Öffentlichen Hand	Frauen: 40,8% (151.504) Männer: 59,2% (184.207)
Unternehmensfremdfinanzierung	• Kredit- und Bürgschaftsprogramm	Frauen: 46,8% (177.489) Männer: 53,2% (199.805)
Exportbranchen (Maschinenbau, Automobil, Chemie, Datenverarbeitungsgeräte, Pharmazie)	• Kredit- und Bürgschaftsprogramm	Frauen: 27,2% (546.910) Männer: 72,8% (2.105.314)

Quelle: Schambach 2010 nach BA 2009

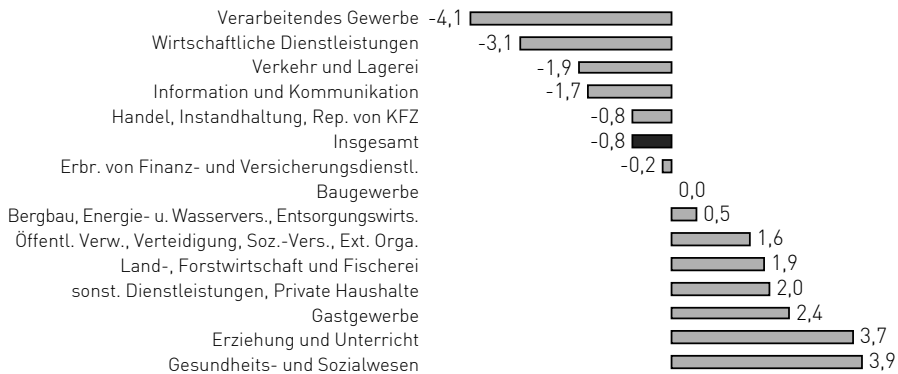
Die Übersicht verdeutlicht, dass mit den Antikrisenmaßnahmen überwiegend Branchen unterstützt werden, die einen hohen Anteil an männlichen Beschäftigten aufweisen. In Bezug auf die Konjunkturinbrüche der deutschen Wirtschaft im Rahmen

der Wirtschaftskrise mögen die Maßnahmen der Konjunkturpakete möglicherweise gerechtfertigt sein, aber ein Blick auf die Arbeitsmarktentwicklung lässt Zweifel aufkommen.

Obwohl das reale Bruttoinlandsprodukt nach aktuellen Schätzungen jahresdurchschnittlich um 5% geschrumpft ist und massive Produktionseinbrüche zu verzeichnen waren, hat sich der Arbeitsmarkt nach Angaben der Bundesagentur für Arbeit im Jahresdurchschnitt 2009 mit -0,1% vergleichsweise moderat verringert (BA 2009a: 22-25). Allerdings war die Entwicklung in den einzelnen Branchen sehr unterschiedlich.

Schaubild 1: Prozentuale Veränderung der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Oktober 2009 zum Vorjahr in Wirtschaftlicher Gliederung

Veränderung zum Vorjahr in Prozent



Quelle: BA 2009d, 2

Die stärksten Rückgänge von insgesamt 380.000 Arbeitsplätzen sind im Verarbeitenden Gewerbe sowie bei den Wirtschaftlichen Dienstleistungen zu verzeichnen, wobei letzteres in erster Linie mit der Entwicklung in der Arbeitnehmerüberlassung („Leiharbeit“) zusammenhängt. Ebenfalls rückläufig war die Beschäftigung bei Verkehr und Lagerei sowie bei Information und Kommunikation, während der Handel, Instandsetzung und Reparatur von Kfz sowie die Bauwirtschaft praktisch stagniert haben. Von den Rückgängen sind folglich überwiegend jene Branchen betroffen, die von den Antikrisenmaßnahmen unterstützt werden sollten und einen hohen Männeranteil aufweisen (vgl. BA 2009, BA 2009a, BA 2009c). Trotz der Stützungsmaßnahmen nahm die Beschäftigung ab, ohne sie wären jedoch weit mehr Arbeitsplätze verloren gegangen.

Hingegen nahm die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung bei den Frauen zu, obwohl die entsprechenden Branchen nicht gefördert wurden. Im Gesundheits- und Sozialwesen, bei Erziehung und Unterricht und im Gastgewerbe war ein Plus an 191.000 Beschäftigten zu verzeichnen. Auch die öffentliche Verwaltung und die

Sonstigen Dienstleistungen wiesen eine Zunahme auf. Allerdings fand der Anstieg der Frauenerwerbstätigkeit überwiegend bei den Teilzeitjobs statt. Hingegen nahm die Zahl der ausschließlich geringfügig entlohnnten Beschäftigung („Minijobber“) im Vorjahresvergleich bei Frauen ab während sie bei Männern zunahm. Dennoch waren im März 2009 immer noch 3,3 Mio., Frauen, aber nur 1,6 Mio. Männer ausschließlich geringfügig beschäftigt (BA 2009a: 25/26, BA 2009c: 4, 15).

Insgesamt ist festzuhalten, dass durch die Konjunkturpakete überwiegend männerdominierte Beschäftigungszweige unterstützt, während frauendominierte Branchen so gut wie gar nicht bedacht werden. Und dort, wo es doch geschieht, wie zum Beispiel bei den Haushaltsnahen Dienstleistungen, ist die Branche gekennzeichnet durch einen sehr hohen Anteil an geringfügiger Beschäftigung. Insgesamt weisen die „Frauen-Branchen“ einen hohen Anteil von Teilzeit- und geringfügiger Beschäftigung auf, deren Einkommen häufig nicht zur eigenständigen Existenzsicherung ausreichen und die das Vorhandensein eines vollwerbstätigen (Ehe-)Mannes erfordert. Diese Lebens- und Erwerbsform werden auch von den Konjunkturpaketen stabilisiert, indem die in den geförderten Branchen vorherrschenden Vollzeit Arbeitsplätze gesichert werden sollen.

Direkte arbeitsmarktpolitische Maßnahmen

Als wesentliches Element zur Vermeidung von Entlassungen wurde in den Konjunkturpaketen das Kurzarbeitergeld von bisher 12 Monaten auf 24 Monate verlängert. Bei dieser bis Ende 2011 geltenden Regelung zahlt die Bundesagentur für Arbeit wie beim Arbeitslosengeld 60% beziehungsweise bei Eltern 67% des Nettolohns anteilig für die einsatzfreie beziehungsweise verkürzte Arbeitszeit. Neben einer Vereinfachung der Antragstellung und der uneingeschränkten Ausdehnung des Kurzarbeitergeldes werden Unternehmen auch Sozialversicherungsbeiträge sowie ArbeitnehmerInnen Qualifizierungsmaßnahmen erstattet. Insgesamt stehen in diesem Jahr für das konjunkturelle Kurzarbeitergeld 5,1 Mrd. Euro zur Verfügung (Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie 2010, Die Bundesregierung 2010).

Seit Beginn der Krise im Oktober 2008 bis Ende August 2009 haben 125.000 Betriebe für 3,3 bis 3,4 Millionen Mitarbeiter Kurzarbeit angemeldet. Nach Daten vom Juni 2009 arbeiteten zu diesem Zeitpunkt rund 1,4 Millionen Beschäftigte in konjunkturell bedingter Kurzarbeit. Allein von Januar bis Ende Juni 2009 stieg die Zahl um fast eine Millionen und es wurden insgesamt bereits Ausgaben in Höhe von 954,5 Mio. Euro geleistet (Die Bundesregierung 2009, Deutscher Bundestag 2009, 6).

Im Verarbeitenden Gewerbe arbeiteten mit rund 1,1 Millionen mit Abstand die meisten Beschäftigten kurz, wobei die Metallbranche, die Automobilindustrie sowie Beschäftigte im Maschinenbau und in der Elektrobranche überproportional von Kurzarbeit betroffen waren. Den geringsten Gebrauch von Kurzarbeit haben Betriebe im Gesundheitssektor, in der Gastronomie und im Einzelhandel gemacht (BA 2009d, 12).

Entsprechend der Arbeitsmarktstruktur lag der Anteil der männlichen Kurzarbeiter bei 78% im Vergleich zu 22% Frauen in Kurzarbeit. Damit haben gut 7% aller sozialversicherungspflichtig beschäftigten Männer und knapp 3% aller sozialversicherungspflichtig beschäftigten Frauen im Juni 2009 kurzgearbeitet (BA 2009b, 10ff.). Vom Kurzarbeitergeld „profitieren“ folglich in erster Linie Branchen des Verarbeitenden Gewerbes sowie die darin beschäftigten Männer.

Chance nutzen

Die umfangreichen Ausgaben zur Stabilisierung der Konjunktur wären eine gute Gelegenheit gewesen, die Exportlastigkeit der deutschen Wirtschaft durch gezielte Maßnahmen zur Förderung der Binnenwirtschaft auf einen ausgewogeneren Pfad zubringen. Die Auswirkungen der Konjunkturpakete sind zwar in ihrer Gänze noch nicht absehbar, weil viele Maßnahmen noch laufen und endgültig erst mit ihrem Auslaufen am 31. Dezember 2011 beurteilt werden können. Die Chance eines Pfadwechsels ist bisher aber klar vertan worden.

Die bevorzugte Stützung der von der Krise besonders betroffenen „Männerbranchen“ hat zwar kurzfristig gezielte Linderung verschafft; ob die Nachfrage im In- und vor allem Ausland diese Branchen jedoch längerfristig wieder auf das alte Niveau bringt, ist zu bezweifeln. Mit den zeitlich begrenzten Konjunkturpaketen findet jedenfalls kein Umsteuern zu einem nachhaltigeren und stabileren Entwicklungsmodell statt. Erst recht nicht zu einem Wirtschaftsmodell, das Frauen und Männern gleiche Chancen einräumt. Wesentliche Krisenursachen wie die extremen Schief-lagen bei der Verteilung und globale Ungleichgewichte werden nicht oder in völlig unzureichendem Maße angegangen. Stattdessen wurde business as usual betrieben. In den kommenden Monaten wird die Arbeitslosigkeit spürbar steigen – möglicherweise nicht so stark wie noch im vergangenen Sommer befürchtet, aber die Risiken für die wirtschaftliche Erholung sind nach wie vor beträchtlich. Die Ausweitung von Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit schwächt die Einkommen und damit den Konsum der Menschen und belastet so die wirtschaftliche Entwicklung auch außerhalb der jetzt stark betroffenen Exportsektoren. Arbeitgeber werden die Krise zusätzlich nutzen, um den Druck auf die Einkommen der Beschäftigten zu erhöhen. Zudem droht, dass Bund, Länder und Gemeinden den Stellenabbau und den Druck auf die Beschäftigten im öffentlichen Dienst erneut verschärfen werden. Schon jetzt argumentieren sie, dies sei unausweichlich, weil die Verschuldung im Gefolge der Krise enorm ansteigt und die selbst verordnete Schuldenbremse zu Ausgabenkürzungen zwingt. Innerhalb der EU gibt Deutschland schon heute gemessen am Bruttoinlandsprodukt am wenigsten für Beschäftigung im öffentlichen Dienst aus. Wenn die neue Bundesregierung diesen Schrumpfkurs weiter fortsetzt, werden viele Frauenarbeitsplätze wegfallen, denn etwas mehr als die Hälfte der Beschäftigten im öffentlichen Dienst sind weiblich. Die vielseitige Kritik an der Krisenintervention der Bundesregierung führt folglich zu Überlegungen zur Verbesserung des Status quo (vgl. Schambach 2009; ver.di 2009a, b).

Bevor zeitversetzt auch die Sozial- und Dienstleistungsbranchen stärker von der Krise betroffen sein werden, sind bereits jetzt schon Maßnahmen zur Stützung dieser Bereiche zu entwickeln. Obwohl die Aktivitäten der schwarz-gelben Regierung nicht darauf hindeuten, könnten dennoch Organisationen und Institutionen auf die Bundesregierung einwirken, die öffentlichen Ausgaben nachhaltig für Bildung, Gesundheit und Pflege zu erhöhen. Die Chancen dafür könnten steigen, wenn im politischen und wirtschaftlichen Denken und Rechnen Bildung, Pflege und Gesundheit nicht mehr als Kosten, sondern als Investitionen angesehen werden.

Außerdem ist eine Voraussetzung für eine nachhaltige Entwicklung, die Umverteilung von unten nach oben zu stoppen und wieder eine gleichmäßigere Verteilung zu gewährleisten. Hierzulande heißt das, Befristungen, Leiharbeit und Minijobs massiv zurückzudrängen, endlich den gesetzlichen Mindestlohn von wenigstens 7,50 Euro pro Stunde einzuführen, das Arbeitslosengeld II zu erhöhen und wieder einen wirkamen Zumutbarkeitsschutz für Jobs zu garantieren. Das würde auch der Lohndiskriminierung entgegenwirken.

Viele weitere Forderungen, die bei der vorliegenden Untersuchung relevant sind, wurden auch schon in anderen Zusammenhängen thematisiert: Zur Sicherung der gleichberechtigten Erwerbspartnerschaft braucht es existenzsichernde Entlohnung, Abschaffung des Ehegattensplitting, ausreichende Kinderbetreuungseinrichtungen, gleiche Bildungschancen für alle Menschen, verändertes Berufswahlverhalten von Mädchen und Jungen, etc.

Die Zuspitzung von Widersprüchen sollten Frauen und auch Männer zur Verständigung nutzen und deutlich machen, wie „gutes“ Leben und Arbeiten aussehen sollte. Vor allem sollte klar sein, dass es neben der notwendigen kurzfristigen Feuerwehrpolitik gegen die Krise um eine weitergehende Perspektive gehen muss, die langfristig die Entstehung einer neuen Lebenskultur und eine geschlechterdemokratische Gestaltung von Arbeits- und Lebensverhältnissen zum Ziel hat (vgl. Kurz-Scherf 2009).

Anmerkungen

- 1 Bei den Männern liegt die entsprechende Teilzeitquote bei 17%. Diese Werte aus der IAB-Arbeitszeitrechnung beziehen sich auf alle beschäftigten Männer und Frauen inklusive Nebentätigkeiten. Bei den sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten liegen die Teilzeitquoten bei 34 % (Frauen) bzw. 5 % (Männer).
- 2 Allerdings ist darauf hinzuweisen, dass die Zahlenangaben nur ungefähre Richtwerte darstellen, da die vorgenommene Brancheneinteilung zum Teil von den Statistiken der Wirtschaftszweige abweichen. Zu Details der einzelnen Maßnahmen und Branchen vgl. Schambach 2010.

Literatur

BA – Bundesagentur für Arbeit, 2009: Arbeitsmarkt in Zahlen Beschäftigungsstatistik: Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte nach Wirtschaftsabteilungen und -gruppen der WZ 2008 und Geschlecht, Stichtag 31.03.2009, Nürnberg, <http://www.pub.arbeitsagentur.de/hst/services/statistik/detail/b.html?call=l> (05.12.2009).

BA – Bundesagentur für Arbeit, 2009a: Der Arbeits- und Ausbildungsmarkt in Deutschland, Dezember und das Jahr 2009, Monatsbericht, Nürnberg, <http://www.pub.arbeitsagentur.de/hst/services/statistik/000100/html/monat/200912.pdf> [08.01.2010].

BA – Bundesagentur für Arbeit, 2009b: Kurzarbeit – Aktuelle Entwicklungen, Oktober 2009, Nürnberg.

BA – Bundesagentur für Arbeit, 2009c: Analytikreport der Statistik. Analyse des Arbeitsmarktes für Frauen und Männer, November 2009. http://www.pub.arbeitsagentur.de/hst/services/statistik/000200/html/analytik/gender-analytikreport_2009-11.pdf [28.12.2009].

BA – Bundesagentur für Arbeit, 2009d: Arbeitsmarkt in Zahlen Beschäftigungsstatistik – Beschäftigung nach Ländern in wirtschaftsfachlicher Gliederung (WZ 2008) Oktober 2009, Nürnberg. <http://www.pub.arbeitsagentur.de/hst/services/statistik/200912/iii6/sozbe/monatsheft-wz08d.pdf> [08.01.2010].

BA – Bundesagentur für Arbeit, 2009e: Arbeitsmarktberichterstattung: Frauen und Männern am Arbeitsmarkt, Nürnberg Oktober 2009.

Bundesministerium der Finanzen (BMF), 2009, Entlastungsbeispiele. http://www.bundesfinanzministerium.de/DE/Buergerinnen_und_Buerger/Gesellschaft_und_Zukunft/themenschwerpunkt_konjunkturpakete/074a_Entlastungsbeispiel,templateld=raw,property=publicationFile.pdf [23.02.2010].

Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (BMWi), 2010, Beschäftigungssicherung durch Wachstumsstärkung: das erste Konjunkturpaket im Überblick. <http://www.bmw.de/BMWi/Navigation/Wirtschaft/Konjunktur/konjunkturpaket-1,did=287550.html> [23.02.2010].

Deutscher Bundestag, 2009: Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Kerstin Andreae, Alexander Bonde, Brigitte Pothmer, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 16/13549, Drucksache 16/13776 16. Wahlperiode 09. 07. 2009, <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/16/137/1613776.pdf> [15. 12.2009].

Die Bundesregierung, 2009, Kurzarbeit sichert Arbeitsplätze. http://www.bundesregierung.de/nn_65470/Content/DE/Artikel/2009/08/2009-08-06-kurzarbeit.html [02.02.2010].

Die Bundesregierung, 2010, Die Konjunkturpakete. Wir bauen Zukunft. <http://www.konjunkturpaket.de/Webs/KP/DE/Beschaeftigung/beschaeftigung.html> [02.02.2010].

Eicker-Wolf, Kai/Niechoj, Torsten/Truger, Achim, 2009: Vom unerwarteten Aufschwung in den Sog der Weltrezession. Zur makroökonomischen Politik unter der Großen Koalition. In: Eicker-Wolf, Kai/Körzell, Stefan, Niechoj, Torsten/Truger, Achim (Hg.): In gemeinsamer Verantwortung. Die Sozial- und Wirtschaftspolitik der Großen Koalition 2005-2009. Marburg, 19-73.

Gender-Datenreport, 2005: Hrsg. vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, 2. Fassung. München 2005.

International Monetary Fund (IMF), 2008, Fiscal Policy for the Crisis, IMF Staff Position Note, December, 29.

Kurz-Scherf, Ingrid, 2009: Monopoly-Kapitalismus – Reservat der Männlichkeit. Blätter für deutsche und internationale Politik. 54. Jg. H. 5, S. 36-40.

OECD-Wirtschaftsausblick, 2009: Zwischenausgabe, März.

Reiner, Sabine, 2009: Wem nutzen die Konjunkturpakete? Auswirkungen der Krise und der politischen Reaktionen auf Frauen und Männer. In: Tagungsdokumentation der Friedrich-Ebert-Stiftung (Hg.), Antworten aus der feministischen Ökonomie auf die globale Wirtschafts- und Finanzkrise. WISO-Diskurs, Oktober, 5-14.

Schambach, Gabriele 2009: Die Chance der Krise. Überlegung zur Dynamisierung eines geschlechterpolitischen Wandels. TU-News, Wintersemester 2009/2010, 8-9.

Schambach, Gabriele, 2010: Gender in der Finanz- und Wirtschaftskrise. Beschäftigungsrelevante Aspekte in den Konjunkturpaketen der Bundesregierung für Frauen und Männer (i. E.).